Interview

Die Politik muss schnell handeln

[02.06.2025] Kerstin Andreae spricht im stadt+werk-Interview über die Erwartungen der Branche an die neue Bundesregierung. Resilienz und Nachhaltigkeit seien wichtige Gründe, die Energiewende weiter voranzutreiben, sagt die Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung.

Frau Andreae, der BDEW Kongress bietet Gelegenheit, einige Mitglieder der neuen Bundesregierung zu treffen. Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten energiepolitischen Vorhaben der Koalition, die nun schnell umgesetzt werden müssen?

Die rasche Einigung der Koalitionspartner lässt auf Zielorientierung und pragmatische Lösungsansätze hoffen. Besonders dringend ist der Zubau von Gaskraftwerken. Deutschland braucht 20 bis 25 Gigawatt zusätzliche, steuerbare Leistung. Die Koalition muss zügig ein Kraftwerkssicherheitsgesetz auf den Weg bringen, damit Ausschreibungen starten können. Wichtig ist auch etwa die zügige nationale Umsetzung des Europäischen Gas- und Wasserstoffpakets.

Wie sollte die neue Bundesregierung konkret vorgehen, um in geopolitisch unsicheren Zeiten Versorgungssicherheit und zugleich Bezahlbarkeit zu gewährleisten?

Resilienz ist neben Nachhaltigkeit ein wichtiger Grund, die Energiewende zügig voranzutreiben. Beim Ausbau von erneuerbaren Energien, Netzen, Speichern und steuerbaren Gaskraftwerken gilt es, Kosten und Systemdienlichkeit noch stärker zu berücksichtigen – etwa durch die regelmäßige Überprüfung der Strombedarfsszenarien, die Anpassung der Netzausbauplanung, innovative Netzanschlusskonzepte oder die netzdienliche Ansiedlung von Stromgroßverbrauchern. Ein weiterer Hebel ist der Bürokratieabbau, der Kosten senken und die Umsetzungskraft der Branche stärken kann.

> „Beim Thema Wasserstoff gilt: So viel wie möglich, so schnell und so günstig wie möglich."

Wie beurteilen Sie die geplanten Maßnahmen zur Beschleunigung des Wasserstoffhochlaufs in Deutschland?

Wir unterstützen die Absicht von Union und SPD, sich als neue Regierung für den schnellen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft aus klimafreundlichen Quellen, pragmatische Regelungen und eine flächendeckende Erzeugung einzusetzen. Es gilt: So viel wie möglich, so schnell und so günstig wie möglich. Dazu sollte die Koalition eine Wasserstoffallianz auf EU-Ebene ins Leben rufen – wie von uns gemeinsam mit zwölf Industrie- und Energieverbänden gefordert. Ziel ist es, im europäischen Schulterschluss langfristige Planungssicherheit und klare Vorgaben zu erreichen, um notwendige Investitionen auszulösen.

Was muss die neue Bundesregierung tun, um den Ausbau von steuerbaren Gaskraftwerken und Elektrolyseuren tatsächlich zu beschleunigen?

Die Politik muss jetzt handeln: Wir brauchen die Kraftwerksstrategie, um Investitionssicherheit zu schaffen. Dies muss durch eine kluge Verzahnung der Ausschreibungen und einen Kapazitätsmarkt gewährleistet werden. Wir setzen uns für einen Integrierten Kapazitätsmarkt (IKM) ein, weil hier die Festlegung des

Absicherungsniveaus der Versorgungssicherheit beim Staat liegt und alle Technologien einbezogen werden. Der Staat setzt den Rahmen, die Unternehmen investieren in die erforderlichen Kapazitäten, Speicher, Flexibilitäten und Demand-Side-Management. Zentrales Element des IKM sind wettbewerbliche Ausschreibungen, die stabile Investitionsbedingungen schaffen. Die Notwendigkeit eines Zertifikatehandels für gesicherte Leistung entfällt. Das spart Zeit, Geld und senkt die Komplexität.

Der Netzausbau gilt als Schlüssel zur Energiewende. Welche regulatorischen oder finanziellen Rahmenbedingungen müssen verändert werden?

Für den Ausbau von Strom-, Wärme-, Gas- und Wasserstoffnetzen brauchen wir stabile Rahmenbedingungen. Zentral ist aber auch ein verbesserter Finanzierungsrahmen. Die regulatorische Verzinsung des eingesetzten Kapitals muss international wettbewerbsfähig sein. Zudem läuft derzeit ein umfangreicher Prozess der Bundesnetzagentur zur Neuaufstellung der Anreizregulierung. Hier müssen die richtigen Weichen gestellt werden. Ziel muss eine faire und international wettbewerbsfähige Anreizregulierung sein, die robust ist und den Fokus auf die Leistungs- und Investitionsfähigkeit der Netzbetreiber legt.

Die geplante Staatsbeteiligung im Energiesektor sehen Sie kritisch. Welche Risiken oder Herausforderungen verbinden Sie mit einer stärkeren Rolle des Staates in diesem Bereich?

In der deutschen Energiewirtschaft sind sowohl private als auch kommunale Investoren aktiv. Dies hat zu einem wettbewerbsstarken Energiemarkt mit hoher Versorgungssicherheit geführt, von dem Verbraucher und Gesellschaft profitieren. Der Staat sollte dieses System grundsätzlich beibehalten. Staatsbeteiligungen sollten auf notwendige Ausnahmefälle reduziert bleiben. Richtig ist, dass zur Finanzierung der Energiewende Milliardeninvestitionen notwendig sind. Hier wird privates Kapital benötigt.

> „Wir brauchen die Kraftwerksstrategie, um Investitionssicherheit zu schaffen."

Worauf ist dabei zu achten?

Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet sein, dass private Kapitalgeber in die Energiewende investieren. Für die Energienetze bedeutet dies, dass die Bundesnetzagentur die regulatorischen Rahmenbedingungen so setzt, dass eine international wettbewerbsfähige Verzinsung erreicht wird. Aktuell liegt Deutschland auf einem der letzten Plätze in Europa. Eine Staatsbeteiligung würde an dem Erfordernis einer wettbewerbsfähigen Verzinsung nichts ändern und die Finanzierungssituation nicht verbessern.

Wie bewerten Sie die Vorschläge zur Nutzung von Reservekraftwerken zur Preisdämpfung?

Wir sehen das kritisch. Staatliche Eingriffe müssen mit dem europäischen Wettbewerbs- und Energierecht vereinbar sein. So setzt die EU etwa enge Grenzen für Reservekraftwerke – beihilferechtlich und beim Verbot der Vergütung sowie mit strengen CO2-Auflagen, die bisher nur in langwierigen Verhandlungen gelöst werden konnten. Unsere Analysen für 2024 zeigen, dass sehr hohe Preise am Spotmarkt ein seltenes Phänomen im deutschen Strommarkt sind: 2024 lag in lediglich 15 von insgesamt 8.784 Stunden der Preis über 500 Euro pro Megawattstunde (MWh). Am häufigsten, in 4.442 Stunden, bewegte er sich zwischen 50 bis 100 Euro pro MWh. In fünf Prozent der Stunden war der Preis negativ. Der Strommarkt funktioniert also, die Krisenjahre 2022/2023 ausgenommen.

Deutschland möchte Innovationsstandort bleiben. Welche Rolle spielt dabei Ihrer Meinung nach die Digitalisierung von Infrastruktur und Energienetzen – und was fehlt hier bislang auf der politischen

Agenda?

Die digitale Transformation ist essenziell für eine tragfähige Energiewende: Die Vernetzung und intelligente Steuerung von Erzeugungsanlagen, Elektrofahrzeugen, Speichern oder Industrie 4.0 setzt Maßstäbe. Daher ist erfreulich, dass die Koalitionspartner viele unserer Forderungen aufgreifen: Digitalisierung der Netze verbessern, Smart Meter Roll-out beschleunigen, vollständige Digitalisierung von Planungs- und Genehmigungsverfahren oder Reallabore für die Erprobung Künstlicher Intelligenz. Es fehlt jedoch noch die konkrete Ausgestaltung – darauf kommt es jetzt an.

Sie fordern einen Abbau bürokratischer Hürden. Wo sehen Sie aktuell den größten Handlungsbedarf, damit die Branche ihre Umsetzungskraft voll entfalten kann?

Die Energie- und Wasserwirtschaft ist überproportional von Berichts- und Meldepflichten betroffen. Sie binden nicht nur Zeit und Geld in Unternehmen, sondern nehmen ihnen mit kleinteiligsten Regelungen den nötigen Gestaltungsspielraum für die Energiewende. Ein eigenes Bürokratieentlastungsgesetz für die Energie- und Wasserwirtschaft würde Verfahren beschleunigen und Investitionen schneller wirken lassen. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft hat bereits zahlreiche Vorschläge zur Vereinfachung gemacht. Nun braucht es Umsetzung.

()

Der Beitrag ist in der Ausgabe Mai/Juni 2025 von stadt+werk erschienen. Hier können Sie ein Exemplar bestellen oder die Zeitschrift abonnieren.

Stichwörter: Messen | Kongresse, Politik, BDEW, BDEW-Kongress